

Zusammenarbeit mit EMCEF und ETUF:TCL Ein "starker europäischer Industriegewerkschaftspol": Vorschlag für erste konkrete Massnahmen

Laut Beschluss des ETUF:TCL Exekutivausschusses, könnte ein erstes gemeinsames Arbeitsprogramm die folgenden zehn Punkte aufgreifen:

1/ die Entwicklung einer gemeinsamen Vision

Die 3 Generalsekretäre haben sich am 21. Februar darauf verständigt, sich mindestens einmal vierteljährig zu treffen, um eine Bestandsaufnahme der wichtigsten Themen in den einzelnen Sektoren vorzunehmen.

2/ gegenseitige Entsendung von Beobachtern

Die gegenseitigen Einladungen (ETUF:TCL/EMB im Bereich der europäischen tarifpolitischen Koordinierung) könnten auf andere Bereiche/Ausschüsse ausgeweitet werden, wie z.B. Industriepolitik und Unternehmenspolitik (EBR).

3/ Zusammenarbeit in der Frage der Mandate innerhalb des EGB (einschliesslich eines Rotationssystems, falls notwendig)

Im Rahmen des sektorübergreifenden Sozialdialogs erhalten die 11 europäischen Gewerkschaftsverbände in der Regel zwischen 6 und 8 Mandate; eine Vereinbarung zwischen den Verbänden könnte daher nützlich sein. Dasselbe gilt für die Mandate innerhalb des EGB Lenkungsausschusses.

4/ Einbeziehung von EMCEF in den tarifpolitischen Kooperationsmechanismus von EMB-ETUF:TCL: EUCOBA

ETUF:TCL und EMB haben sich bereits, wie oben erwähnt, auf einen gemeinsamen Ansatz in der europäischen tarifpolitischen Koordinierung verständigt. Darüber hinaus soll in einem nächsten Schritt ein Informationsaustausch zwischen den zugangsberechtigten Mitgliedern (durch die jeweiligen Websites) organisiert werden. Diese Zusammenarbeit sollte weiter ausgebaut werden.

5/ Zusammenarbeit bei den Aktionen gegenüber dem Europäischen Parlament

Die Koordinierung der mit dem EP verbundenen Aktionen würde – nicht nur im Hinblick auf die monatlichen Plenartagungen in Strassburg, sondern auch darüber hinaus – zur Stärkung der Position der Gewerkschaftsverbände gegenüber dem Parlament beitragen, dessen Rolle jüngst bestätigt wurde.

6/ Zusammenarbeit im Bereich des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie die Beratende Kommission für den Industriellen Wandel (EGKS-Nachfolgerin/zuständig für die Beförderung eines strukturierten Dialogs über industriellen Wandel), stellen zwei weitere Bereiche für die Entwicklung gemeinsamer Strategien dar.

7/ Entwicklung einer gemeinsamen Initiative im Bereich der Umstrukturierungen

Ein gemeinsames Projekt (durch den EMB vorzulegen) zur Antizipierung von industriellem Wandel würde die europäischen Gewerkschaftspolitiken in den 3 besonders stark von Umstrukturierungen betroffenen Sektoren nicht nur bereichern, sondern auch zu ihrer Konvergenz beitragen.

8/ Zusammenarbeit im Bereich der Europäischen Betriebsräte

ETUF:TCL hat in über 40% der unter die Richtlinie fallenden Unternehmensgruppen Vereinbarungen abgeschlossen. Die verbleibenden Unternehmen sind in der Regel nicht gewerkschaftlich organisiert oder decken verschiedene Aktivitätsbereiche ab. Eine Systematisierung und Rationalisierung des strategischen Ansatzes (Austausch von Informationen/Datenbanken) würde zweifellos dazu beitragen, bei diesen Zahlen einen grossen Schritt nach vorn zu machen.

9/ Gemeinsamer Ansatz in der Umsetzung der Richtlinie über das Europäische Unternehmensstatut

EMB und EMCEF haben in diesem Bereich Fachwissen entwickelt, das für ETUF:TCL von Nutzen sein könnte.

10/ und als letzter Punkt die Ausarbeitung einer gemeinsamen Position zur europäischen Industriepolitik

Dieses erste gemeinsame Dokument hätte bedeutende Signalwirkung, da es die Entschlossenheit der 3 Gewerkschaftsverbände unterstreichen würde, sich für eine proaktive Verteidigung und Förderung einer soliden, gesunden und wettbewerbsfähigen und damit beschäftigungswirksamen Industrie in Europa stark zu machen.

Diese 10 Punkte wären ein erster Schritt nach vorn: die 3 Sekretariate haben sich bereits darauf verständigt, gemeinsam zu überlegen, in welchen anderen Bereichen eine Kooperation angebracht wäre; immer mit dem Ziel, einen rationelleren Gebrauch von den auf europäischer Ebene verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen zu machen.